

Gesetz zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums

Kräftige Konjunkturimpulse zum Auftakt der neuen Wahlperiode

Nur sechs Wochen nach der Bundestagswahl hat die bürgerliche Koalition aus CDU, CSU und FDP ihr angekündigtes Wachstumsbeschleunigungsgesetz auf den Weg gebracht. Ziel des Entlastungspakets mit einem Volumen von jährlich bis zu 8,5 Mrd. Euro ist es, die anhaltend schwierige wirtschaftliche Gesamtsituation so schnell wie möglich zu überwinden und neue Impulse für einen stabilen und dynamischen Aufschwung zu setzen.

Zusammen mit den bereits im „Bürgerentlastungsgesetz“ verabschiedeten steuerlichen Maßnahmen werden Bürger und Betriebe zum Jahresbeginn 2010 um über 22 Mrd. Euro entlastet. Steuerliche Entlastungen erhöhen nicht nur die Motivation von Bürgern und Unternehmen, sondern schaffen auch zusätzliche Spielräume. Mehr finanzielle Spielräume sind Voraussetzung für mehr Konsum und mehr Investitionen und damit für wirtschaftliches Wachstum.

Unterstützung für Familien

Hauptprofiteur der Entlastungen sind Familien mit Kindern. Sie werden von Januar an jährlich rund 4,5 Mrd. Euro mehr in der Tasche haben. Das Kindergeld wird um 20 Euro pro Kind erhöht. Zudem wird der Kinderfreibetrag von 6.024 auf jährlich 7008 Euro angehoben.

Krisenentschärfende Maßnahmen im Unternehmensteuerbereich

Weitere Steuersenkungen von fast 2,4 Mrd. Euro kommen der Wirtschaft zugute. Es hat sich gezeigt, dass manche Regelungen der Unternehmen- und Erbschaftsteuerreform die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf Betriebe und Arbeitsplätze verschärfen. Korrekturen in beiden Bereichen sollen deshalb Wachstumshemmnisse beseitigen.

Unter anderem wird die Möglichkeit verbessert, Zinsaufwendungen von der Steuer abzuziehen (sog. Zinsschranke). Die Freigrenze wird hierzu dauerhaft auf 3 Mio. Euro angehoben. Zudem soll es Betrieben wieder leichter möglich sein, Verluste steuermindernd geltend zu machen. Verbessert werden auch die steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten sog. geringwertiger Wirtschaftsgüter. Für das Übernachtungsgewerbe wird der Mehrwertsteuersatz von 19 auf 7 Prozent gesenkt.

Verbesserungen bei der Erbschaftsteuer

Betriebe und ihre Arbeitsplätze dürfen beim Übergang auf die nächste Generation nicht wegen der eintretenden Erbschaftsteuerpflicht in ihrer Substanz gefährdet werden. Die CSU-Landesgruppe hatte sich deshalb bereits bei der Erbschaftsteuerreform für Regelungen zur erbschaftsteuerlichen Verschonung solcher Betriebe stark gemacht. Durch die jetzt beabsichtigte Absenkung der Mindestlohnsummen und Fristen zur Fortführung des Unternehmens können Unternehmensnachfolger künftig flexibler auf Veränderungen der Wirtschafts- und Beschäftigungslage reagieren. Dies ist vor allem zum Erhalt der Arbeitsplätze unerlässlich, wie die Krise zeigt. Zudem wird die Erbschaftsteuer für Geschwister sowie Nichten und Neffen spürbar gesenkt.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

mit der zügig unter Dach und Fach gebrachten Koalitionsvereinbarung sowie der Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in dieser Woche hat die bürgerliche Koalition aus CDU, CSU und FDP eines klar gemacht: Wir wollen unser Land schnell und sicher aus der wirtschaftlichen Krise führen. Unser Land braucht eine Politik, die entschlossen und rasch Wachstumsimpulse setzt. Oberstes Ziel ist die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Zu einem starken Wachstumskurs gehören Entlastungen für Bürger und Betriebe. Entlasten und Konsolidieren sind keine Gegensätze, sondern stehen in einem engen inneren Zusammenhang.



In der Koalition mit unserem Wunschpartner FDP haben wir eine Politik vereinbart, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und soziale Balance gleichermaßen gewährleistet. Unser Wort steht: Wir werden u.a. Familien stärken, den Mittelstand bei der Bewältigung der Krise tatkräftig unterstützen und unsere bürgerlichen Betriebe mit einem 750 Mio. Euro ‚Sonderprogramm Landwirtschaft‘ unter die Arme greifen. Wer wie die SPD hier von einem ‚Kurs der sozialen Spaltung‘ schwadroniert, beweist allenfalls Hilflosigkeit.

Als CSU sind wir in der bürgerlichen Koalition gut aufgestellt. Unsere Wahlkampfbotschaften haben wir in allen entscheidenden Punkten im Koalitionsvertrag verankern können. Gemeinsam mit unseren drei Bundesministern und allen weiteren Vertretern in der Führung der bürgerlichen Koalition, der gemeinsamen Bundestagsfraktion sowie in den parlamentarischen Gremien werden wir nunmehr entschlossen anpacken, um so rasch wie möglich wieder an wirtschaftliche Erfolge anzuknüpfen. Ich darf Sie dabei um Ihre Unterstützung bitten.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Reinhard Brandl MdB

Agrarpolitik

750 Mio. € - Sofortprogramm für Landwirte

Die Agrarwirtschaft in unserem Land braucht Planungssicherheit und verlässliche Zukunftsperspektiven. Eine starke Landwirtschaft muss zentraler Kern für die ländlichen Räume bleiben. Nachdem auch die Landwirte von den Folgen der weltweiten Wirtschaftskrise erfasst sind, brauchen auch sie Unterstützung. Die CSU hat sich deshalb nachdrücklich und erfolgreich für ein entsprechendes Sofortprogramm eingesetzt.



Ilse Aigner

2010 und 2011 unterstützt der Bund die Bauern mit zusätzlich 750 Mio. Euro. Zum „Sofortprogramm für die Landwirtschaft“ zählt ein zweijähriges „Grünlandmilchprogramm“ in Höhe von 500 Mio. Euro, ein höherer Bundeszuschuss von 200 Mio. Euro für die Landwirtschaftliche Unfallversicherung (LUV) sowie ein Krisen-Liquiditätshilfeprogramm von 50 Mio. Euro.

Ziel muss eine flächendeckende Landbewirtschaftung durch bäuerliche Betriebsformen sein. Eine solche bäuerliche Struktur erfordert

aber Verantwortung gegenüber benachteiligten Regionen in Form von zielgerichteten Unterstützungen. Das auf zwei Jahre angelegte „Sonderprogramm Landwirtschaft“ bietet flankierende Maßnahmen, um der schwierigen Situation im Milchbereich Rechnung zu tragen und zugleich wertvolle Naturräume zu erhalten, die ansonsten unwiderruflich verloren gehen würden.

Im europaweit eingeleiteten Übergang von einem System marktstützender Maßnahmen hin zu mehr Marktorientierung müssen die ge-

sellschaftlichen Leistungen der Bauernschaft weiterhin entsprechend honoriert werden. Auf beiden Seiten die Leitplanken für die Agrarwirtschaft zu entfernen, könnte bedeuten, dass sie arg ins Schlingern kommt. Das kann nicht im Interesse unserer Gesellschaft liegen. Auf europäischer Ebene müssen deshalb nicht nur bis 2013 verlässliche Rahmenbedingungen bestehen. Auch nach 2013 müssen eine starke erste Säule mit EU-Direktzahlungen sowie eine gut ausgestattete zweite Säule mit Hilfen zur Entwicklung des ländlichen Raumes Bestand haben.

Diese Woche

Gesetz zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums

Kräftige Konjunkturimpulse zum Auftakt der neuen Wahlperiode S. 1

Agrarpolitik

750 Mio. € - Sofortprogramm für Landwirte S. 2

Verkehr und Infrastruktur

Nachholbedarf bei der Verkehrsinfrastruktur aufholen S. 2

Generaldebatte zur Regierungserklärung der Bundeskanzlerin

Dr. Hans-Peter Friedrich: „Freiheit zur Verantwortung ist der gemeinsame Kompass der bürgerlichen Koalition“ S. 3-5

Verteidigungs- und Sicherheitspolitik

Afghanische Regierung in die Pflicht nehmen S. 5

Die CSU-Landesgruppe in der neuen Wahlperiode S. 6-8

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Wolfgang Jenders
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Verkehr und Infrastruktur

Nachholbedarf bei der Verkehrsinfrastruktur aufholen

Mobilität gehört zu den elementaren Grundbedürfnissen einer modernen Gesellschaft und einer hoch entwickelten Volkswirtschaft. Die Politik steht deshalb bei der Planung von Infrastrukturmaßnahmen in einer gesamtstaatlichen Verantwortung. Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer will dieser Verantwortung entschlossen nachkommen, wie er in der Generalausprache zur Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel betonte. Ziel müsse es sein, dass die Infrastruktur im Norden so gut ist wie im Süden und im Osten so gut wie im Westen.

In den neuen Bundesländern ist inzwischen ein hervorragender Ausbauzustand erreicht. Alle 17 „Verkehrsprojekte Deutsche Einheit“ sind im Bau oder bereits fertiggestellt. Bis Ende 2008 wurden 28,5 Mrd. Euro in diese Projekte investiert; 1.800 Kilometer Straßen wurden neu oder ausgebaut. Dr. Ramsauer kündigte an, dem weiter bestehenden Bedarf in den neuen Ländern ohne Abstriche nachkommen zu wollen. Zugleich trat er jedoch dafür ein, die Balance zu wahren, wenn eine gleiche Entwicklung in den alten und neuen Bundesländern hergestellt werden soll. Neue Brüche darf es hier nicht geben. Es war zweifelsohne richtig, für die notwendigen Investitionen in den neuen Ländern vieles zurückzustellen, was ansonsten in den alten Ländern inve-

stiert und gebaut worden wäre. Es ist allerdings auch unübersehbar, dass im Westen Nachholbedarf entstanden ist. Der Bundesverkehrsminister bekannte sich ausdrücklich zu diesem Nachholbedarf: „Wir können es uns in Deutschland nicht leisten, auf Dauer auf Verschleiß zu fahren.“

Bundesminister Ramsauer kündigte zugleich an, Schluss machen zu wollen mit der ideologisch motivierten Bevorzugung einzelner Verkehrsträger. Natürlich muss der Versuch unternommen werden, möglichst viel Fracht- und Personenverkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern. Zur Politik gehört aber auch Realismus. Ein eindeutiger Schwerpunkt muss deshalb die Ertüchtigung des Straßenverkehrsnetzes sein.



Deutscher Bundestag

Generaldebatte zur Regierungserklärung der Bundeskanzlerin

Dr. Hans-Peter Friedrich: „Freiheit zur Verantwortung ist der gemeinsame Kompass der bürgerlichen Koalition“

Die neue bürgerliche Koalition aus CDU, CSU und FDP wird eine Politik für alle Menschen in Deutschland gestalten und den Zusammenhalt der Gesellschaft stärken. Dies betonte Dr. Hans-Peter Friedrich in seinem ersten Auftritt als CSU-Landesgruppenvorsitzender in der Generalaussprache zur Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel im Deutschen Bundestag. Den vereinbarten Kurs der Entlastungen von Bürgern und Betrieben bezeichnete Dr. Friedrich als Grundvoraussetzung zur erfolgreichen Überwindung der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise.

Im Folgenden ist die Rede des CSU-Landesgruppenvorsitzenden in ihren wesentlichen Passagen dokumentiert:

Die Koalition aus CDU, FDP und CSU hat heute ihr Arbeitsprogramm offiziell vorgelegt. Es ist das Programm einer bürgerlichen Regierung. Wir starten mit einem neuen Kurs. Die Mehrheit der Wähler hat sich für bürgerliche Politik entschieden. Große Aufgaben warten auf diese Koalition, denn wir sind in der weltweit schwersten Krise seit Jahrzehnten.

Wir beginnen nicht bei null. Die Große Koalition hat in den letzten zwölf Monaten ihre Aufgaben zur Bewältigung der Krise erledigt und wichtige Zeichen gesetzt: Das Gesetz zur Stabilisierung der Finanzmärkte, die beiden Konjunkturpakete und die Kurzarbeiterregelungen als Brücke in einen Konjunkturaufschwung. Das alles sind wichtige Weichenstellungen. Die SPD sollte deshalb jetzt nicht so viel Kraft darauf verwenden, sich von Ihrer Vergangenheit zu distanzieren, sondern lieber Kraft für Ihre Zukunft aufbringen.

Wirtschaftskrise: Licht am Ende des Tunnels

Wahr ist, dass wir wirtschaftlich Licht am Ende des Tunnels sehen. Es gibt ein Zeichen der Hoffnung im verarbeitenden Gewerbe. Heute ist im Handelsblatt auf Seite 1 zu lesen: „Die deutsche Wirtschaft holt rasant auf.“ Das ist wahr. Der Konsum ist stabil. Die Frühindikatoren weisen nach oben, genauso wie die Auftragseingänge.

Krise ist noch nicht ausgestanden

Der Arbeitsmarkt zeichnet sich durch eine erstaunliche Robustheit aus. Aber: Die Finanzkrise ist noch nicht ausgestanden. Es gibt eine Menge Warnungen von Wirtschaftsexperten, dass eine Welle von Insolvenzen noch bevorsteht.

Wir sehen heute Banken, die immer noch am Tropf der Notenbank hängen. Wir sehen heute viele Unternehmen, die auf Konjunkturstützungsmaßnahmen angewiesen sind. Bei den Wachstumsprognosen für das nächste Jahr sind wir von 1 bis 2 Prozent ausgegangen. Nun wird spekuliert, ob es möglicherweise sogar 2,5 Prozent sind. Aber selbst wenn das eintritt, wird das nicht ausreichen, um an die Konsolidierungserfolge der letzten Jahre anzuknüpfen.

Rasche Impulse für Wachstum und Arbeitsplätze

Bis wir das Produktionsniveau, wie es vor der Krise war, erreicht haben, wird es dauern. Deswegen gibt es nur eine einzige Möglichkeit, nämlich Impulse zu setzen für Wachstum und damit für Arbeitsplätze und für die Stabilisierung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Deswegen ist das Wachstumsbeschleunigungsgesetz ohne Alternative.



Dr. Hans-Peter Friedrich
Vorsitzender der
CSU-Landesgruppe

Erstens. Wir korrigieren die Unternehmenssteuerreform an den Punkten, die in der aktuellen Krise Schwierigkeiten bereiten und nachgebessert werden müssen. Die Fesseln, die die notwendigen Umstrukturierungen in der Wirtschaft behindern, werden beseitigt.

Der zweite Punkt ist die psychologische Wirkung bei den Erben. Unternehmensnachfolger, die ein mittelständisches Unternehmen übernommen haben, wissen, dass sie Erbschaftsteuer nur zu einem geringen Teil

zu zahlen haben, wenn sie eine bestimmte Lohnsumme erreichen. Sie stellen aber schon heute fest, dass diese Lohnsumme aufgrund der Krise nicht erreichbar ist. Deswegen müssen wir das Damoklesschwert wegnehmen, dass ein Unternehmen durch die Erbschaftsteuer kaputtbesteuert wird und damit Arbeitsplätze kaputtgemacht werden. Dieses Signal im Wachstumsbeschleunigungsgesetz ist wichtig und notwendig.

Und: Wir setzen ein starkes Zeichen für die Familien in diesem Lande. Das ist ein Bekenntnis von CDU, FDP und CSU zu den Familien als der Keimzelle dieser Gesellschaft.

Die Kräfte unseres Landes freisetzen

Freiheit zur Verantwortung – das ist das Motto für unseren Koalitionsvertrag. Es ist der Gegenentwurf zum sozialistischen Versorgungsstaat. Wir glauben an die Kraft des Einzelnen, an die Kraft der Freiheit. Der Leitgedanke über diesem Koalitionsvertrag, der Leitgedanke für die gesamte Wahlperiode muss lauten: Die Kräfte Deutschlands freisetzen. Wir haben so viel Kraft in dieser Volkswirtschaft, wir haben so viel Kraft in diesen Menschen – wir müssen und wollen diese Kräfte freisetzen.

In der Süddeutschen Zeitung ist die Überschrift zu lesen: „Deutsche zweifeln am Kapitalismus“. Im weiteren Verlauf des Textes heißt es, gemeint sei damit die soziale Marktwirtschaft. All denen will ich sagen: Die soziale

Marktwirtschaft war es, die den Aufbau Deutschlands nach 1945 möglich gemacht hat. Diese soziale Marktwirtschaft, die mit dem Namen Ludwig Erhard verbunden ist, war die Grundlage für das Wirtschaftswunder. Und diese soziale Marktwirtschaft war die Grundlage dafür, dass 1989 die Hinterlassenschaften der Sozialisten beseitigt werden konnten.

Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft stärken

Wir müssen das Vertrauen in die Marktwirtschaft stärken. Denn das Vertrauen in die Marktwirtschaft ist die Grundlage, auf der Wirtschaft und Märkte funktionieren. Nicht die Marktwirtschaft ist daran schuld, dass die Wirtschaftskrise gekommen ist; nein, im Gegenteil: Die Tatsache, dass die Regeln der Marktwirtschaft verletzt worden sind, ist die Ursache dafür, dass es zu dieser Wirtschaftskrise kommen konnte.

Bei der Beantwortung der Frage „Wie verhindern wir, dass so etwas in der Zukunft wieder passiert?“ ist die Transparenz von Märkten von zentraler Bedeutung. Märkte können nur funktionieren, wenn sie durchschaubar sind. Wir können Finanzprodukte nur kontrollieren, wenn sie durchschaubar gemacht werden. Märkte funktionieren nur, wenn man die auf ihnen angebotenen Produkte sowie deren Risiko und Wert einschätzen kann.

Eliten der Finanzwirtschaft zu Selbstkritik aufgefordert

In diesem Zusammenhang bedrückend ist, dass die Eliten in diesem Lande, insbesondere in der Finanzwirtschaft, das nötige Maß an Demut und an Selbstkritik vermissen lassen. Ich will dazu Kurt Biedenkopf zitieren: „Wir stehen vor der Aufgabe, ein neues Vertrauen der Märkte, der Regierungen und der Bevölkerung in die alten und neuen Eliten zu begründen.“ Er sagt weiter: „Umso bedauerlicher ist es, dass unsere Eliten bisher offenbar keine Notwendigkeit oder keine Möglichkeit sehen, sich an einer öffentlich und politisch wirksamen kritischen Bewertung der Geschehnisse und ihrer Mitverantwortung für die Folgen zu beteiligen.“ – Kurt Biedenkopf hat Recht!

Insbesondere die Eliten in der Finanzwirtschaft sind deshalb dringend aufgefordert, sich einmal kritisch selbst zu betrachten und zu fragen: Womit haben wir zu dieser Krise beigetragen, und vor allem: Was muss geschehen, damit sich eine solche Krise nicht wiederholen kann?

Bekanntnis zu internationaler Mitverantwortung

Dazu gehört auch, dass Deutschland Mitverantwortung in der Welt übernimmt. Es reicht nicht, eine wettbewerbsfähige Wirtschaftsnation zu sein; man muss auch Mitverantwortung übernehmen. Manchmal besteht diese Mitverantwortung auch im militärischen Eingreifen.

Wenn wir heute unsere Söhne und Töchter in Uniform in fremde Länder schicken, dann müssen wir alles tun, um dafür zu sorgen, dass sie gesund und unversehrt wieder nach Hause kommen. Wenn sie bedroht werden, dann müssen sie auch das Recht haben, sich zu wehren. Unserem Bundesverteidigungsminister Dr. Karl-Theodor zu Guttenberg ist aufrichtig Dank zu sagen dafür, dass er

das ganz klar gemacht hat, dass er an die jungen Leute, die in Afghanistan und anderswo in der Welt für die deutsche Freiheit eintreten, seine Botschaft ausgesandt hat: Wenn ihr unsere Freiheit verteidigt, dann könnt ihr sicher sein, dass wir auch euch nicht im Stich lassen. Diese Botschaft ist notwendig, auch im Hinblick auf die Eltern dieser Soldaten.

Besondere Unterstützung für die Familien

Die Stabilität der Gesellschaft ist die notwendige Voraussetzung dafür, dass wir die Kräfte dieses Landes freisetzen können. Die Keimzelle der Gesellschaft ist die Familie. Sie ist der Platz, wo Eltern, wo Großeltern ihren Kindern und Enkelkindern Traditionen, Erfahrungen, Sichtweisen, Errungenschaften kultureller Art weitergeben. Deswegen muss die Familie einen besonderen Stellenwert in der Gesellschaft haben. Wir wollen diesen Stellenwert ausdrücklich anerkennen.

Zur Diskussion der letzten Wochen um das Projekt Betreuungsgeld: Da wird darüber diskutiert, ob es denn richtig ist, dass man den Eltern Bargeld in die Hand gibt. Ja, auch ich weiß, es gibt eine kleine Minderheit von Eltern, die dieses Geld nicht für ihre Kinder, sondern in anderer Weise verwenden.

Aber: Das ist eine kleine Minderheit, und diese bürgerliche Koalition wird ihre Politik nicht an kleinen Minderheiten ausrichten, sondern an der großen Mehrheit der anständigen Menschen in diesem Land! Darum geht es.

Ländliche Räume und Landwirtschaft stärken

Die Kräfte freisetzen, das bedeutet auch, das Potenzial des gesamten Landes zu nutzen, nicht nur das der Ballungsgebiete, nicht nur das der Metropolen, sondern auch das der ballungsraumfernen Gebiete. Das ist ein wichtiger Punkt. Wir müssen verhindern, dass diese Gebiete gegeneinander ausgespielt werden, dass man zulässt, dass die Metropolen die ländlichen Räume als Steinbruch, als Vorratskammern verwenden, wo sie sich das eine oder andere einfach holen können.

Nein, die ländlichen Räume haben einen eigenen Wert. Sie erbringen einen gesellschaftlichen Beitrag an Kreativität, aber insbesondere an gesellschaftlicher Stabilität. Diese besondere Stabilität findet in unseren ländlichen Räumen durch ein reges Vereinsleben, durch rege Sozialkontakte und durch mannigfache gegenseitige Unterstützung ihre Ausprägung.

Deswegen können die ländlichen Räume überall in Deutschland sicher sein: Wir als CSU und Union werden für die ländlichen Räume eintreten. Wir stellen diese Aufgabe ganz bewusst mit an die Spitze unseres Aufgabenkataloges.

Das Thema Gesundheitsversorgung ist ein wichtiges Thema. Wenn wir die Lebensqualität in unseren Dörfern und kleineren Städten erhalten wollen, müssen wir nämlich dafür sorgen, dass der Standort „ländlicher Raum“ mit elementaren Versorgungsmöglichkeiten ausgestattet bleibt. Auf diese Aufgabe wird auch im Bereich Gesundheit viel Energie verwendet werden müssen.

Schließlich ist vor allem die Landwirtschaft ein stabilisierender Faktor in unseren ländlichen Räumen. Es geht dabei nicht nur darum, wie das Gesicht unseres Landes ausschaut, also um den äußeren Eindruck für Touristen und andere Besucher des Landes. Sondern es geht um die Bewirtschaftung des Landes: Es geht darum, dass wir auf den Flächen vor den Toren unserer Städte gesunde Nahrungsmittel produzieren. Es geht darum, dass wir vor den Toren unserer Städte mit regenerativer Energie die Energie produzieren, die uns eine gewisse Unabhängigkeit beschert und für unsere Zukunft notwendig ist.

Deswegen freut es mich sehr, dass es uns gemeinsam mit Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner gelungen ist, auch ein Sonderprogramm für die Landwirtschaft aufzulegen. Ja: Für die Landwirtschaft haben wir in diesem Koalitionsvertrag einen besonderen Akzent gesetzt.

Infrastruktur sichern und ausbauen

Nicht zuletzt geht es darum, einen ganz wichtigen Faktor für den Investitions- und Lebensstandort Deutschland zu erhalten und zu stärken, die Infrastruktur. Die Erschließung des Landes, die Zurverfügungstellung von Mobilitätsleistungen, der Transport von Gütern – das alles sind wichtige Voraussetzungen, um als Wirtschaftsnation in einer globalisierten Welt leben und überleben zu können.

Deswegen wird der neue Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer von der Christlich-Sozialen Union flankiert und begleitet, diese Aufgaben mit voller Kraft wahrnehmen: Ertüchtigung unseres Straßennetzes, Güter von der Straße auf die Schiene, Erschließung des Landes, öffentlicher Personennahverkehr für die Ballungsräume – das ist die Zukunft der Verkehrspolitik.

Deutschland zu neuer Stärke führen

Die bürgerliche Koalition hat sich vorgenommen, Politik für alle Menschen, für alle Schichten des Volkes zu machen, nicht mit Ideologie, sondern in der Verantwortung für die Menschen in diesem Lande.

So wie wir von jedem Einzelnen in Deutschland fordern, in der Gesellschaft mitzuwirken und Verantwortung zu übernehmen, müssen auch wir als Politiker Verantwortung für die gute Zukunft dieses Landes übernehmen.

Wir haben als bürgerliche Regierung das Vertrauen der Wähler. Wir werden den Auftrag, der mit diesem Vertrauen verbunden ist, erfüllen.

Um Frau Merkel zu zitieren: „Entschlossenheit ist jetzt gefragt.“ Wir wollen Deutschland zu neuer Stärke führen.

Verteidigungs- und Sicherheitspolitik

Afghanische Regierung in die Pflicht nehmen

In der Aussprache zur Regierungserklärung der Bundeskanzlerin hat Bundesverteidigungsminister Dr. Karl-Theodor zu Guttenberg deutlich Stellung bezogen zu den Zielen und Perspektiven des deutschen Afghanistan-Engagements. Ziel der Afghanistan-Politik der Bundesregierung bleibe es, dass die Afghanen so schnell wie möglich in der Lage sind, selbst für ihre Sicherheit zu sorgen. Nach manchen Rückschlägen, Enttäuschungen, aber auch Fortschritten auf diesem Weg, müsse nun unter den Verbündeten gemeinsam mit der neuen afghanischen Regierung eine neue Verständigung über die Ziele, Mittel und Wege dieses Einsatzes herbeigeführt werden.



Eine der wesentlichen Aufgaben der baldmöglichst einzuberufenden Afghanistan-Konferenz ist es, eine konkrete Strategie aufzuzeigen, mit der die Zuständigkeiten der internationalen Gemeinschaft auf die afghanische Regierung übertragen werden können. Die Regierung von Präsident Karzai steht dabei in der Pflicht, schon bald und mit Nachdruck die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass eine Übergabe in Verantwortung erfolgen kann.

Die Amtseinführung von Präsident Karzai am 19. November ist für ihn eine gute Gelegenheit, zu verdeutlichen, wie er seiner Verpflichtung zu guter Regierungsführung und zum Schutz der Menschenrechte sowie zur Bekämpfung von Drogenkriminalität und Korruption nachkommen will.

Der Afghanistan-Einsatz der Bundeswehrsoldaten an der Seite weiterer 42 Nationen ist zunehmend geprägt auch von aktiven Kampfhandlungen. Verteidigungsminister zu Guttenberg plädierte deshalb in aller Offenheit dafür, diesen Einsatz realistisch zu beschreiben. Wenn die Soldaten vor Ort selbst von Krieg sprechen, sei dies verständlich. Klar müsse aber auch sein, dass in Afghanistan nicht von einem klassischen Krieg gesprochen werden könne. Hier sei das Völkerrecht glasklar: Kriege können nur zwischen Staaten geführt werden. Ebenso klar ist aber auch, dass die Soldaten Rechtssicherheit brauchen, wenn sie im Einsatz von der Waffe Gebrauch machen müssen.

Das bisherige Afghanistan-Engagement hat gezeigt, dass man an

seine Grenzen stößt, wenn man dort von einer Demokratie westlichen Stils zu träumen beginnt. Eine solche Vorstellung ist mit den Realitäten vor Ort nicht vereinbar.

Umso mehr stehen die Afghanen selbst in der Pflicht, gemeinsam mit der internationalen Staatengemeinschaft ein Mindestmaß an öffentlicher Ordnung und Rechtsstaatlichkeit herzustellen.

Mit Blick auf die Dauer des Afghanistan-Einsatzes bedeutet dies: „Die Sankt-Nimmerleins-Haltung ist politisch nicht mehr tragbar. Das Wort „Exit-Strategie“ nehmen wir nicht mehr nur verschüchtert in den Mund wie noch vor ein, zwei Jahren“, so der Bundesverteidigungsminister.

Die CSU-Landesgruppe in der neuen Wahlperiode

Vorsitzender: Dr. Hans-Peter Friedrich

Am 28. Oktober 2009 wählten die CSU-Bundestagsabgeordneten Dr. Hans-Peter Friedrich zum Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe. Der Jurist und Wirtschaftswissenschaftler Dr. Friedrich (geb. am 10. März 1957 in Naila, verheirateter Vater von drei Kindern) vertritt seit 1998 den Wahlkreis Hof im Deutschen Bundestag und war in der letzten Wahlperiode als stellvertretender CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender tätig.

Dr. Hans-Peter Friedrich nimmt die Aufgabe als CSU-Landesgruppenvorsitzender wahr in der Nachfolge der CSU-Politiker Fritz Schäffer, Franz Josef Strauß, Richard Stücklen, Hermann Höcherl, Werner Dollinger,

Friedrich Zimmermann, Theo Waigel, Wolfgang Bötsch, Michael Glos und Dr. Peter Ramsauer.

Vergleichbar dem Amt eines Fraktionsvorsitzenden obliegt Dr. Hans-Peter Friedrich die Führung und Außenvertretung der CSU-Landesgruppe in allen politischen Fragen. Zudem ist er an der Seite von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, des CSU-Parteivorsitzenden Horst Seehofer sowie des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder Mitglied im Koalitionsausschuss - dem obersten Entscheidungsgremium der bürgerlichen Koalition. Gemeinsam mit dem CSU-Parteivorsitzenden spricht der Landesgruppenvorsitzende auf



bundespolitischer Ebene für die CSU. Als Vorsitzender der CSU-Landesgruppe ist Dr. Hans-Peter Friedrich kraft Amtes zugleich Erster Stellvertreter des Fraktionsvorsitzenden der gemeinsamen CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Parlamentarischer Geschäftsführer: Stefan Müller



Am 28. Oktober 2009 wurde Stefan Müller als bisher jüngster Abgeordneter von den Mitgliedern der CSU-Landesgruppe zum neuen Parlamentarischen Geschäftsführer gewählt. Geboren am 03.09.1975 in Neustadt/Aisch vertritt Müller seit 2002 den Wahlkreis Erlangen im Deutschen Bundestag. In der letzten Wahlperiode arbeitete er zuletzt als Arbeitsgruppenvorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in den Bereichen Bildung und Forschung. Der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe nimmt

Organisations- und Koordinierungsaufgaben wahr: Von der Sicherstellung einer effizienten landesgruppeninternen Arbeit bis hin zur Vertretung der CSU-Landesgruppeninteressen etwa bei der Gestaltung der parlamentarischen Tagesordnung im Ältestenrat des Deutschen Bundestages. Die Fülle von Arbeitsschwerpunkten hat den „PGF's“ Titel wie „Allzweckwaffen“ und „Strippenzieher“ eingebracht. Der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe ist kraft Amtes Stellvertreter des Ersten Parlamentarischen Geschäftsführers der gemeinsamen CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Justitiar: Dr. Wolfgang Götzer

Der Landshuter Bundestagsabgeordnete und Rechtsanwalt Dr. Wolfgang Götzer (geb. am 10.01.1955) vertritt seit dem 28. November 2005 als Justitiar die CSU-Landesgruppe und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in rechtlichen Fragen. Dies gilt etwa für Verhandlungen vor dem Bundesverfassungsgericht, an denen die CDU/CSU-Bundestagsfraktion beteiligt ist.



Die fachpolitischen Sprecher / Arbeitskreisvorsitzende

So wie das Gesamtparlament über Ausschüsse verfügt, in denen Gesetzentwürfe und andere politische Vorhaben im Einzelnen erörtert werden, so hat die CSU-Landesgruppe Arbeitskreise für die verschiedenen Politikbereiche gebildet.

In den sechs Arbeitskreisen vollzieht sich die politische Detailarbeit, über deren Kurs die Gesamtheit der CSU-Bundestagsabgeordneten abschließend auf ihren Landesgruppensitzungen entscheidet.



Stephan Mayer

Arbeitskreis I: Innen; Recht; Kommunalpolitik; Sport und Ehrenamt; Kultur und Medien



Dr. Georg Nüßlein

Arbeitskreis II: Wirtschaft und Technologie; Energie; Bildung und Forschung; Tourismus



Bartholomäus Kalb

Arbeitskreis III: Finanzen und Haushalt

Die fachpolitischen Sprecher / Arbeitskreisvorsitzende (Fortsetzung)

Thematisch bilden die einzelnen Arbeitskreise zumeist die Aufgabenbereiche mehrerer Bundesministerien ab. In den Arbeitskreisen aktiv sind die jeweiligen Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder derjenigen Bundestagsausschüsse, deren Aufgabengebiete sich in den Themenfeldern der Arbeitskreise widerspiegeln.

Die Vorsitzenden der Arbeitskreise fungieren als Sprecher der CSU-Landesgruppe für klar umrissene Politikbereiche.



Max Straubinger

Arbeitskreis IV: Arbeit und Soziales; Gesundheit; Familie; Senioren; Frauen und Jugend



Dr. Thomas Silberhorn

Arbeitskreis V: Auswärtiges; Verteidigung; Europäische Union; Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung; Menschenrechte und humanitäre Hilfe



Dr. Max Lehmer

Arbeitskreis VI: Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung; Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Die CSU-Landesgruppe in der gemeinsamen Bundestagsfraktion

Von den insgesamt 239 Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der neuen Wahlperiode gehören 45 der CSU an. Wichtige Fraktionsämter und Sprecherfunktionen werden von Mitgliedern der CSU-Landesgruppe besetzt.

Stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende

Neben dem herausgehobenen Amt des CSU-Landesgruppenvorsitzenden als Erster Stellvertreter des Fraktionsvorsitzenden stellt die CSU-Landesgruppe zwei weitere Stellvertretende Vorsitzende der Gesamtfraktion. Dr. Christian Ruck ist verantwortlich für die Aufgabenbereiche Umwelt, Naturschutz, Reaktorsicherheit und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Johannes Singhammer zeichnet verantwortlich für die Aufgabenbereiche Gesundheit, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.



Dr. Christian Ruck



Dr. Hans-Peter Uhl
Arbeitsgruppe Innen



Marlene Mortler
Arbeitsgruppe Tourismus



Johannes Singhammer



Dorothee Bär
Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen, Jugend



Albert Rupprecht
Arbeitsgruppe Bildung und Forschung

Arbeitsgruppen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Wie in der vergangenen Wahlperiode stellt die CSU-Landesgruppe auch in dieser Legislaturperiode den Vorsitz in 4 von 21 Fraktionsarbeitsgruppen.

So wie die Arbeitskreisvorsitzenden auf CSU-Landesgruppenebene Sprecher für bestimmte Politikfelder sind, bündeln und vertreten die Arbeitsgruppenvorsitzenden die Arbeit der CDU/CSU-Gesamtfraktion in ihren jeweiligen Aufgabenbereichen.

Die CSU-Landesgruppe in der Bundesregierung

In der zweiten Bundesregierung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel ist die CSU-Landesgruppe mit drei Bundesministern und vier Parlamentarischen Staatssekretären vertreten.

Bundesminister / Parlamentarische Staatssekretäre



Bundeministerin Aigner überreicht die Ernennungsurkunde zum Parlamentarischen Staatssekretär an **Dr. Gerd Müller**



Dr. Christian Schmidt wird von **Bundesminister Dr. zu Guttenberg** als Parlamentarischer Staatssekretär vereidigt



Dr. Andreas Scheuer und **Bundesminister Dr. Ramsauer** bei der Vereidigung zum Parlamentarischen Staatssekretär



Hartmut Koschyk, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen

Ilse Aigner, seit November 2008 als Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz tätig, setzt diese Arbeit auch in der neuen Legislaturperiode fort. Unterstützt wird Bundesministerin Ilse Aigner durch den Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Gerd Müller.

Dr. Karl-Theodor zu Guttenberg, zuletzt Bundeswirtschaftsminister gehört dem zweiten Kabinett von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel nunmehr als Bundesminister der Verteidigung an. Sein Amt als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesverteidigungsminister setzt Christian Schmidt fort.

Dr. Peter Ramsauer, zuvor vier Jahre Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, gehört dem Kabinett als Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung an. Andreas Scheuer unterstützt den Bundesminister als dessen Parlamentarischer Staatssekretär.

Hartmut Koschyk, zuvor vier Jahre lang Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, wurde von Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble zum Parlamentarischen Staatssekretär berufen.

Die CSU-Landesgruppe in den Gremien und Ausschüssen des Deutschen Bundestages

Präsidium und Ältestenrat

In der konstituierenden Sitzung des Deutschen Bundestages für die 17. Wahlperiode am 27. Oktober 2009 wurde Gerda Hasselfeldt an der Seite von Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) im Amt der Bundestagsvizepräsidentin bestätigt.



Gerda Hasselfeldt

Dem Ältestenrat gehören für die CSU-Landesgruppe ihr Parlamentarischer Geschäftsführer Stefan Müller sowie Norbert Geis an. Zu den wichtigsten Aufgaben des Ältestenrats gehört es, den Arbeitsplan des Bundestages und die Tagesordnung für die Plenarsitzungen aufzustellen.

Bundestagsausschüsse

In zwei von 22 Bundestagsausschüssen führen Mitglieder der CSU-Landesgruppe den Vorsitz. In weiteren zwei Bundestagsausschüssen stellt die CSU-Landesgruppe den stellvertretenden Ausschussvorsitzenden.

In den Bundestagsausschüssen vollzieht sich nach dem Willensbildungs- und Entscheidungsprozess in den Fraktionsgremien die eigentliche parlamentarische Detailarbeit. Erst nach den entsprechenden Ausschussberatungen etwa im Rahmen von Gesetzgebungsverfahren fallen die abschließenden politischen Entscheidungen im Plenum des Deutschen Bundestages.

Den Ausschussvorsitzenden obliegt die Koordinierung der Arbeit, die Leitung der Sitzungen sowie die Außenvertretung der Ausschussarbeit.



Eduard Oswald
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie



Dagmar Wöhrl
Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung